

155  
MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

DER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

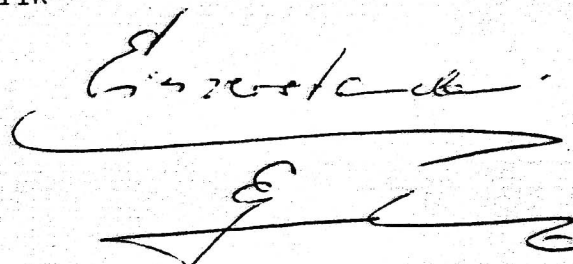
Generalsekretär des  
Zentralkomitees der Sozialistischen  
Einheitspartei Deutschlands und  
Vorsitzenden des Staatsrates der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Genossen Egon Krenz

Beh. Protokoll Nr. 45 / 4

vom

3.11.89

Berlin



Berlin, 3. November 1989

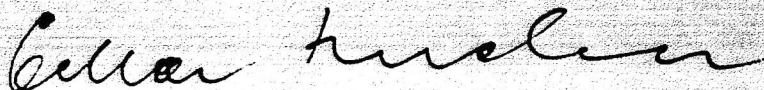
Werter Genosse Krenz!

Als Anlage übermittle ich eine Information zur Situation  
in der BRD-Botschaft in Prag.

Ich schlage vor, der ČSSR und der BRD mitzuteilen, daß wir  
einverstanden sind, die DDR-Bürger direkt - ohne auf Regelung  
der Formalitäten zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der  
DDR zu bestehen - aus der ČSSR in die BRD ausreisen zu lassen,  
ohne dabei DDR-Territorium zu berühren.

Ich bitte um Entscheidung.

Mit sozialistischem Gruß



Oskar Fischer

Anlage

I n f o r m a t i o n

1. Anruf über WTsch von Genossen Ziebart:

Genosse Jakes übermittelt folgende Botschaft an Genossen Krenz:

1. Angesichts des sprunghaften Anstiegens der Anzahl von DDR-Bürgern in der BRD-Botschaft (gegenwärtig ca. 4.000, es wird mit einem täglichen Zugang von mindestens weiteren 2.000 gerechnet) ist die Abfertigung der betreffenden Bürger so zu beschleunigen, daß eine umgehende Ausreise erfolgen kann.
2. Wenn diese Möglichkeit nicht bestehen sollte, wird eine einseitige Schließung der Grenze durch die DDR vorgeschlagen, bis in der DDR die Voraussetzung für eine direkte Ausreise in die BRD geschaffen ist.
3. Wenn beide Varianten nicht möglich sein sollten, wird die sofortige Aufnahme von Verhandlungen in Berlin mit dem Ziel vorgeschlagen, eine einseitige Suspendierung des Protokolls zum Vertrag über den visafreien Reiseverkehr durch die DDR zu vereinbaren, damit die betreffenden Bürger sofort aus der ČSSR in ein beliebiges 3. Land ausreisen können. (Der Botschafter der ČSSR in Berlin hat dazu entsprechende Vollmachten).

Genosse Jakes bittet um möglichst sofortige Entscheidung und entsprechende Antwort.

2. Genosse Horst Neubauer teilt mit, daß Ministerialdirigent Duisberg vom Bundeskanzleramt der BRD ihm mitgeteilt habe, daß sich die Situation in der BRD-Botschaft in Prag drastisch zugespitzt habe. Es befänden sich über 5.000 "Zufluchtssuchende" in der Botschaft.

Die Bundesregierung bittet die Regierung der DDR, Möglichkeiten der direkten Ausreise mit Zügen von Prag in die BRD zu prüfen. Eine schnelle Abfertigung und Ausreisemöglichkeit müßte nach Auffassung der BRD auch im Interesse der DDR liegen.

3. Unser Botschafter in Prag, Genosse Helmut Ziebart, teilt mit, daß das Außenministerium der CSSR ihm gegenüber folgendes vorgetragen habe:

Am 3. 11., mittags, befanden sich 4.000 DDR-Bürger auf dem Gelände der BRD-Botschaft (nach neuesten Informationen über 5.000).

Ca. 8.000 DDR-Bürger weilen in der CSSR.

Die CSSR werde "keine Flüchtlingslager für politische Flüchtlinge" der DDR einrichten.

Die CSSR fordere von der DDR, solche Maßnahmen einzuleiten, die entweder

- a) den Zustrom an "politischen Flüchtlingen" beenden oder
- b) eine solche Abfertigungspraxis vorzunehmen, daß "jeden Tag sovielen ehemaligen DDR-Bürger aus der CSSR in die BRD ausreisen können, wie täglich in der BRD-Botschaft neu hinzukommen."

Genosse Ziebart hat eine Information an die zuständigen Stellen in Berlin zugesagt.